

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 267

Hauptredaktion: Dr. Coerth, Leipzig

Freitag, den 11. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Eine Regierungskrise in Oesterreich

Vor dem Rücktritt Kenners

Wien, 11. Juni. (Drohbericht.) Die „Pol. Korr.“ veröffentlicht spät nachts ein parteiamtliches Kommuniqué, in dem es heißt: Die Krise in der Koalition ist durch die Vorgänge in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wesentlich verschärft worden. Eine christlich-sozialistische Gruppe der deutschen Koalition ist gegen den Staatssekretär für Heereswesen aufgetreten und hat die Forderung aufgestellt, daß die Vertrauensmänner der Soldaten zurückgezogen werden. Der christlich-sozialistische Parteiführer Kunschak hat nicht nur den Staatssekretär für Heereswesen grüßlich beleidigt, sondern auch ganz offen mit Sprengung der Koalition gedroht. Diese Drohung ist von allen Seiten mit demonstrativem Beifall aufgenommen worden. Angesichts dieses Umstandes haben Staatskanzler Dr. Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre den Vorstand der sozialdemokratischen Abgeordneten um die Ermächtigung ersucht, zu demissionieren. Der Vorstand hat dieses Ersuchen zur Kenntnis genommen.

Die Zusammenkunft in Spa überflüssig?

Paris, 10. Juni. (Drohbericht.) Das „Journal des Débats“ erklärt zu der Möglichkeit, die internationale Finanzkonferenz von Brüssel vor der Konferenz von Spa abzuhalten, die Zusammenkunft von

Spa könne überflüssig werden, wenn in Brüssel zwischen den Alliierten ein Einverständnis erzielt werden würde.

Stolitti mit der Neubildung des italienischen Kabinetts betraut

Berlin, 11. Juni. (Drohbericht.) Wie das „Berl. Tagebl.“ aus einer Quelle, die sich bisher stets als zuverlässig erwiesen hat, erzählt, hat der König von Italien gestern das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Stitti genehmigt und Stolitti mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Es verlautet, daß Stolitti bereits über die Verteilung der Ministerien im klaren sei und auch schon mit den betreffenden Kandidaten über die Übernahme gesprochen habe, so daß die Krisis voraussichtlich schon am heutigen Tage überwunden sein wird. Wie dem „Berl. Tagebl.“ ferner aus Rom gemeldet wird, nennt man als künftigen Minister des Äußeren den Vizekanzler de Martino oder den früheren Abgeordneten Bertolini. Sollte Stalittis Versuch scheitern, so dürfte der König vielleicht auf Orlando zurückgreifen, der ein persönlicher Freund König Georges ist. Stalitti soll die Wahl haben, bald einen Antrag einbringen, die für den Eintritt Italiens in den Krieg verantwortlichen Staatsmänner vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Tatsächlich wurde Salandra bereits in der gestrigen Kammer Sitzung schwer insultiert.

Nach der Schlacht

Von
Oberbürgermeister Dr. Käst, Jittau,
Mitglied des Reichstages.

Die hinter uns liegende Reichstagswahl stellt sich dar als der zweite Kampf zwischen den Vertretern des zusammengebrochenen alten Systems und den Verfechtern einer neuen Staatsordnung. Der erste Kampf dieser Art war der Kapp-Putsch; er war rein gewalttätiger Natur und trug das Gepräge des alten Systems: mit mechanisch-militärischen Mitteln vertrieben die Vertreter der Herrenkaste sich in den Besitz der politischen Macht zu setzen. Die jetzt mit der Reichstagswahl eingeleitete Kampfhandlung vollzieht sich zwar nicht in den rohen und plumpen Formen des Kapp-Putsches, sondern innerhalb des verfassungsmäßig gegebenen Rahmens, aber sie hat mit dem ersten Kampf das Gemeinsame, daß auch sie ausgeht von der gleichen Verneinung der psychologischen und realen Faktoren und Möglichkeiten des politischen Lebens, und daß auch sie dadurch — weit entfernt davon, eine Befestigung unserer Verhältnisse herbeizuführen — die Gefahr innerer Zerkleinerung akut werden läßt. Von den Möglichkeiten, zu einer Entspannung unserer inneren und äußeren Lage zu kommen, hat das deutsche Volk mit den Wahlen die besten und wirksamsten aus der Hand gegeben. Das schmerzvollste hierbei ist, daß die meisten von denen, die sich zum Träger dieser Katastrophpolitik gemacht haben, in einer auch durch die Ereignisse der letzten Jahre nicht gemilderten politischen Unreife die schicksalsschwere Verantwortung ihres Handelns nicht erkennen. Ein großer Teil des deutschen Volkes macht sich immer noch nicht klar, daß der Faden des weltgeschichtlichen Geschehens nicht wieder dort angeknüpft werden kann, wo er im November 1918 oder im August 1914 abgerissen ist. In der an sich begreiflichen Sehnsucht, herauszukommen aus der Not und dem Elend, die uns als Erbe des alten Systems überkommen sind, verlieren wir allzu viele jedes Augenmaß für die elementarsten Gebote der Gegenwart.

Wir müssen uns vollkommen darüber klar sein, daß unser ganzes Dasein sein Gepräge bekommt durch den verlorenen Krieg und den an seinem Ende stehenden inneren und äußeren Zusammenbruch. Weder Krieg noch Revolution sind beendet. Wir stehen in beiden noch mitten drin. Der Krieg hat sein Ende noch nicht gefunden durch einen Frieden, das heißt durch einen Akt der Versöhnung, und die politische Revolution, die selbst noch nicht beendet ist, hat ihre naturnotwendige Ergänzung gefunden in der sozialen und wirtschaftlichen Revolution die sich jetzt vor unseren Augen vollzieht. Aus dieser unerträglichen Lage heraus den Weg ins Freie zu bahnen, war das Ziel der Koalitionspolitik. Durch niemanden ist die Arbeit nach diesem Ziel mehr erschwert worden, als durch diejenigen, die die Trümmerhaufen zurückgelassen haben, die es auszuräumen galt. Diese innere Ablehnung der neuen Staatsordnung durch die Rechtsparteien hat in zwangsläufiger, volkspolitischer Folge den Radikalismus der Linken genährt und gestärkt, und nun geht diese radikale Strömung aus den Wahlen in einer Stärke hervor, die es wahrscheinlich macht, daß die bisher von dem ehrlichen Willen und der uneigennütigen Arbeit der Koalitionsparteien getragenen neuen Staatsordnung nicht nur, wie schon bisher, von rechts, sondern nun auch von links eine starke Ablehnung mit dem Ziele ihrer Beseitigung erfahren wird. Damit ist die revolutionäre Spannung im Innern von neuem bis zum Explosionspunkte gesteigert. Die Abwanderung eines großen Teiles der nicht sozialdemokratischen Wähler aus der demokratischen Mitte nach rechts herab diesen Block der Mitte eines Teiles seiner Festigkeit, so daß es zweifelhaft ist, ob auch künftighin an ihm die Bränden von rechts und von links zerfallen werden. Die Weiterzweigen deuten links sowohl als auch rechts auf nahende Sturmfluten; treffen sie demungunsten aufeinander, so gibt es ein Unwetter, in dem das mühsam über Wasser gehaltene Staatsschiff untergehen möchte. Die Lage der Regierungsbildung bereits werden den Kurs ahnen lassen.

Doppelt verhängnisvoll ist die gegenwärtige Entwicklung im Hinblick auf unsere außenpolitische Lage. Je mehr sich die Verhältnisse im Inneren Deutschlands konsolidiert hätten, um so eher wäre eine Entgiftung der verpesteten Atmosphäre eingetreten, in der Deutschland zu erstickten droht. Untrüglige Anzeichen dafür liegen vor, daß sich unter den Völkern der Welt die Erkenntnis durchdringt, daß es in ihrem eigenen Interesse notwendig ist, dem deutschen Volke den nötigen Lebenspielraum zu geben. Durch nichts kann ein Fortschreiten dieser Erkenntnis mehr gehemmt werden, als durch eine innerpolitische Lage Deutschlands, die berechtigte Befürchtungen entstehen läßt, daß das eigene innere staatliche Leben des deutschen Volkes die Bahn der Konsolidierung verlassen hat und neuen Erschütterungen ausgeliefert sein wird. Niemand verlangt das Schicksal eines Volkes geheimerer eine Stärkung der ausgleichenden und versöhnenden politischen Richtung, als jetzt für das deutsche Volk. Daß aber nur eine starke Demokratie der Mitte Trägerin eines solchen Ausgleiches sein kann, war selbst für Leute mit bescheidenem politischen Intellekt klar erkennbar. Wenn dies so vielfach verkannt worden ist, so ist das ein äußerst betrübender Beweis dafür, daß auch heute noch ein erheblicher Teil des deutschen Volkes durch mehr oder weniger berechtigte stimmungsmäßige Annäherungen sich den Blick trüben läßt für die nächstliegenden realen Notwendigkeiten des politischen und des eigenen Interesses.

Die Stellung der deutschen Demokratie ist durch den Ausgang der Wahlen zu schicksalsschwerer Verantwortung gesteigert worden. Sie wird ihre ganze Arbeit und Kraft dafür einsetzen müssen, daß die explosiven Spannungen zwischen rechts und links nicht zu revolutionären Entladungen führen, und daß der Gedanke immer breiteren Raum gewinnt: nur eine auf dem Boden der neuen Staatsordnung ruhende Demokratie der Mitte kann uns

Die Frage des Tages

Deutsche Volkspartei und Koalition. — Annäherung zwischen „Vorwärts“ und „Freiheit“. — Vorschläge der „Germania“. — Die Stellungnahme der Demokraten.

Berlin, 11. Juni. (Drohbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Es ist zu begrüßen, daß sich endlich auch auf Seiten der Rechten eine Wandlung in der stark ablehnenden Stellungnahme zu den sich neu entwickelnden Dingen bemerkbar macht und die Gemeinsamkeit derer, die sich praktisch auf den Boden der republikanischen Verfassung zu stellen gewillt sind, wächst. Die Entwicklung muß ja, im großen und ganzen, dazu führen, daß die demokratischen u. d. republikanischen Gedanken in immer stärkerer Nähe bei allen Parteien zum Durchbruch gelangen und sich so allmählich eine Annäherung der heute auseinandergetretenen Volksschichten vorbereitet, von der wir leider durch den Ausfall der letzten Wahlen fast erste wieder entfernt worden sind. Die Zukunft des deutschen Volkes beruht nicht in einem der von den extremen Parteien erdachten Ideale, sondern in der sozialen und politischen Versöhnung auf der mittleren Linie: der republikanischen Demokratie. Das ist die Staatsnotwendigkeit, von der in den Wahlen der Rechten in diesen Tagen so gern in überheblichem Tone gesprochen wurde.

Daß diese Erkenntnis nun auch den deutschen Volksparteilern zum Bewußtsein gekommen ist, die sich noch vor wenigen Tagen ganz anders als starke Zimmerleute des Wiederaufbaues gebärdeten, erscheint uns als das erste und wichtigste Ereignis der politischen Entwicklung dieser Tage. Wir wissen wohl, daß die Herren der Deutschen Volkspartei, als sie sich im Siegesrausch der Wahlnacht zur ersten Besprechung der Lage versammelten, plötzlich nüchtern und ernst geworden sind, und daß sich ihnen jetzt die Dinge anders darstellen, als sie erwartet haben. Sie tragen die Mitschuld an dem Mißtrauenssturm, das die durch ihre agitation irreführende Beschränkung der, nunmehr allerseits als allein möglich anerkannten, bisherigen Koalition erteilt hat!

Die Deutsche Volkspartei löst von den bereits mitgeteilten Richtlinien, die sie ihrerseits als Forderungen für ein Zusammengehen mit der bisherigen Koalition stellen will, einige ausführlicher und schärfer gefaßte in der Deutlichkeit verlor, nämlich: Entpolitisierung des hohen Beamtenstandes und Verwaltungswesens und den Ausbau des Reichswirtschaftsrates zu einer Kammer der Arbeit, wobei sie offensichtlich betont, daß bei ihr durchaus keine Neigung bestünde, irgendeinen Posten in der neuen Regierung zu übernehmen. Ja, es werden sogar für die von ihr geforderte Behebung einiger Ministerien ihrerseits in unerbittlichen Besprechungen Namen genannt wie Brodorsky-Rankau, General Orsner und Cuno, der ja bereits einmal für das Finanzministerium in Aussicht genommen und dessen Berufung an dem Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert war, also Persönlichkeiten, die der Demokratischen Partei durchaus genehm sind, und sachliche Vorbedingungen, die längst zu ihren eigenen Forderungen gehören, wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß die Befreiung des Beamtenstandes von der Parteipolitik vor allem auch für die noch immer konservative Bürokratie Preussens gilt. Wir glauben freilich, daß sich die Deutsche Volkspartei noch gar nicht darüber klar ist, welche Konsequenzen die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie an sie stellen würde.

Die Demokraten wissen von ihrer gemeinsamen Regierung her ein Lied von diesen Schwierigkeiten zu singen. Sie drängen sich nicht nur Regierungsbank und sind gern bereit, durch praktische Mitarbeit und gegebenenfalls durch wohlwollende Neutralität jede Regierung zu unterstützen, mag sie von rechts oder links kommen, wenn sie nur den nationalen und sozialen Notwendigkeiten der Stunde gerecht zu werden versteht. Aber wir sehen eine große Gefahr heraufziehen: die Linie zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie beginnt sich zu vertiefen.

Beginnt greift der „Vorwärts“ die von der „Freiheit“ gestern vorgeschlagenen sogenannten Uebergangsbedingungen auf, um sie zu seinem Programm zu machen und den bürgerlichen Mittelparteien, falls sie ablehnen, die Verantwortung für das Scheitern einer Links-Koalition zuzuschreiben. Er legt, für eine vernünftige, praktische Lösung zustrebende Opposition der beiden sozialistischen Parteien mit ihren 191 Abgeordneten sei eine gemeinsame Grundfrage zu finden, wobei er die Entwicklung der Dinge sich folgendermaßen denkt: Die Unabhängigen werden ihre Bedingungen stellen, und die sozialdemokratische Fraktion wird sie annehmen! Beide sozialistischen Parteien werden dann diese Bedingungen als gemeinsames Programm den bürgerlichen Mittelparteien unterbreiten. Lehnen diese ab, so wäre es an ihnen, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden. Die neue Regierung wird dann auch wissen, daß die Stellung der sozialistischen Opposition zu ihr davon abhängen wird, wie weit sie sich dem Programm der Opposition annähert oder von ihm entfernt.

Siez legt eine Suppliz der kritischen Momente vor, die sich

rasch zu einer Gefahr auswachsen kann. Die Deutsche Volkspartei, deren politische Einstellung nach allzu sehr beherrschend wird von den Gefühlen, die in dem alten Obrigkeitsstaate wurzeln, muß jetzt angesichts der Notwendigkeiten der Stunde klar und deutlich ihre Stellungnahme zum republikanisch-demokratischen Gedanken aussprechen. Hierin liegt die Wurzel für die Bildung einer neuen Koalition, und nicht in der Debatte über irgendwelche wirtschaftlichen oder politischen Einzelfragen. Die Zeit drängt, denn heute wird sich der Vorhang heben. Das große politische Kampfspiel beginnt. Der Reichspräsident dürfte noch zu weiteren Informationen am heutigen Tage Hermann Müller mit der Kabinettsbildung beauftragen. Nach der Richtung der „Germania“, die die Bayerische Volkspartei nach ihren letzten Äußerungen mit in die bisherige Koalition einbeziehen möchte, was wohl im Bereich der Möglichkeit liegt, würde unter Umständen die Bildung der Regierung auf dieser alten Grundlage möglich. Aber die „Freiheit“ verkündet heute in Liebeswerben für ein Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien. Die „Germania“ würde einen wesentlichen Fortschritt als vorliegend erachten, wenn sich wenigstens einige Parteien zur gemeinsamen Arbeit bereitfinden wollten, auch wenn ihre Zahl für eine Mehrheit nicht ausreichte. Denn dann wäre wenigstens eine Grundlage vorhanden, an die man andere Parteien anzugliedern versuchen könnte. Sie sieht in der alten Koalition, verstärkt durch die Bayerische Volkspartei, einen wenigstens fürs erste gangbaren Weg, der uns über die nächsten Monate bei gutem Willen auf Seiten der beiden Parteien hinwegzuführen vermöchte, wobei sie voraussetzt, daß die Deutsche Volkspartei, durch ihr Stimmengewicht mit großer Verantwortung beauftragt, davon absteht, nach den bisherigen Rezepten der parlamentarischen Rechten rein parteipolitische Opposition zu treiben. Eine Regierung der Mitte, die wenigstens mit einem großen Teil der Rechten im Burgfrieden lebte, würde der radikalen Linken gegenüber eine ausreichend gehaltene Stellung zu behaupten in der Lage sein, und zugleich eine innere Annäherung der auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsverhältnisse lebenden Parteien — und als solche scheint sich die Deutsche Volkspartei entwickeln zu wollen — anbahnen können.

Die Stellungnahme der Deutschdemokratischen Partei dem gegenüber ist von der Lage klar vorgezeichnet. Sollte es der Wunsch an Verantwortlichkeitsgefühl der durch die politische Stimmung vom 6. Juni getragenen Parteien der Rechten und äußersten Linken nötig machen, daß die bisherige Koalition die Regierungsgeschäfte wieder übernimmt, so würde das, schon rein äußerlich, nur dann möglich sein, wenn von rechts und links im Gegenzug zu bisher ruhige und sachliche Mitarbeit zugesagt wird. Nur in Verbindung mit den beiden anderen, offen zur Demokratie sich bekennenden Parteien, und nur unter der Voraussetzung, daß die nicht vorbehaltlos zur Demokratie sich bekennenden Parteien aus ihrer Mitte die unbedingt nötige Unterstützung geben, ohne welche die geschwächte bisherige Koalition sich gar nicht zu halten vermag, ist die Teilnahme der deutschen Demokratie an der Regierungsbildung überhaupt denkbar.

Müller soll mit den Unabhängigen verhandeln

Berlin, 11. Juni. (Eig. Drohbericht.) Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Müller heute vormittag beauftragt, mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beginnen und zunächst mit den Unabhängigen zu verhandeln. Der Abgeordnete Scheidemann ist in Berlin eingetroffen.

Berlin, 11. Juni. (Drohbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ sagt zur Regierungsbildung: Da nach der ganzen bisherigen Haltung der Unabhängigen deren Eintritt in eine Regierung als ausgeschlossen betrachtet werden muß, dürfte damit die Aufgabe des Reichskanzlers Müller erledigt sein. Der Reichspräsident wird dann den Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann ersuchen, eine neue Regierung zu bilden. Stresemann dürfte, wenn die Sozialdemokraten einen Beitritt zu einer Koalition einschließlich der Deutschen Volkspartei ablehnen, die Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts vorschlagen. Man neige in parlamentarischen Kreisen zu der Annahme, daß beide Verträge Stresemanns sich fern werden. Was dann zu geschehen haben werde, darüber seien sich die maßgebenden Kreise heute noch nicht völlig im klaren. Es bestehe immerhin die Möglichkeit, die bisherige Regierungsbildung, die allerdings eine verhältnismäßig geringe sein würde, beizubehalten, vorausgesetzt, daß die Bayerische Volkspartei sich an der Regierungsbildung beteiligen würde.

Berlin, 11. Juni. (Drohbericht.) In politischen Kreisen wird angenommen, daß der Reichspräsident nach dem Scheitern des Müllerschen Versuches den Zentrumsführer Trimborn mit der Kabinettsbildung beauftragen wird.